

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 73. Ratssitzung vom 2. Dezember 2015

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2014/79 und 2015/279

1476. 2014/79

Weisung vom 19.03.2014:

Volksinitiative «Hafenkräne-Nein», Ablehnung

Antrag des Stadtrats

Die Volksinitiative «Hafenkräne-Nein» wird abgelehnt.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2014/79 und 2015/279.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Stefan Urech (SVP): Die Volksinitiative wurde am 5. Dezember 2012 eingereicht. Die über 6000 Unterzeichnenden wünschten sich, dass die vorliegende Ergänzung in die Gemeindeordnung geschrieben wird. Diese Volksinitiative wurde zunächst formell geprüft. Die Einheit der Materie blieb gewahrt und die Initiative stand in keinem Widerspruch zu übergeordnetem Recht. Danach wurde sie materiell geprüft. Die materielle Prüfung ergab, dass die betreffenden Bauten bereits mit den bestehenden Vorschriften unzulässig sind. Es wurde der Verzicht auf einen Gegenvorschlag und die Ablehnung vorgeschlagen. Der Text wurde daraufhin öffentlich ausgeschrieben. Es trafen keine Einwendungen ein. Der Kantonsrat prüfte den Initiativtext und kam zum Schluss, dass ein Verbot von derartigen Kunstwerken in einem Spannungsverhältnis mit der Kunstfreiheit stünde. Dennoch wurde uns eine Genehmigung in Aussicht gestellt. Bei der Debatte um den Hafenkram ging es nicht darum, welche Kultur wir im öffentlichen Raum wollen. Es ging in erster Linie um die staatliche Subventionierung. Die Finanzen in der Stadt sind eng. Alle, ausser den Künstlern, müssen den Gürtel enger schnallen. Bei der Aufstellung des ersten Hafenkrans wurde ich von einer deutschen Lehrerin gefragt, wie es möglich sei, dass ihr bestellter Tisch aus Spargründen nicht geliefert werden konnte, die Stadt jedoch eine halbe Million Franken in diesen Hafenkran investieren konnte. Wäre dieser Hafenkran von privaten Sponsoren finanziert worden, hätte es weiterhin grossen Protest gegeben, jedoch hätte es mutmasslich keine Initiative gegeben. Wir wären davon ausgegangen, dass es sich um eine einmalige Aktion handelt. Die Volksinitiative ist ein Hilfeschrei des Volks gegen die Geldverschwendung des Stadtrats. Die Volksinitiative brach zwei Rekorde. In nur drei Wochen hatten wir über 6000 Unterschriften gesammelt. Bei dieser überwältigenden Reaktion hatten wir die Hoffnung, dass der Stadtrat diesem Anliegen etwas Respekt entgegenbringen würde. Der zweite Rekord ist ein Trauerspiel, was das Demokratieverständnis des Stadtrats betrifft. Wir konnten uns nicht vorstellen, dass der Stadtrat dieses Anliegen so lange verschleppt, dass wir erst drei Jahre später darüber debattieren können. Es wurde kein Gegenvorschlag vorgebracht. Stossend ist die Gleichgültigkeit gegenüber dem Anliegen des Volkes. Der Stadtrat be-

nötigte drei Jahre für die magere Antwort. Mir wurde gesagt, das sei der normale Ablauf. Dies ist unglaublich. Ich verstehe die Menschen, die Initiativen nicht unterschreiben, weil sie der Ansicht sind, das bringe sowieso nichts. Nun möchte ich einige Worte zu den Ablehnungsanträgen des Stadtrats und den Kommentaren des Kantonsrats verlieren. Das Hochbaudepartement wollte uns überzeugen, dass es keine Initiative benötige, da nicht-gebietstypische Bauten nicht möglich seien. Der Hafenkran wurde trotzdem gebaut. Dies finden wir herablassend gegenüber den ernstesten Anliegen der unterzeichnenden Bevölkerung. Der Kantonsrat bemängelte, dass der Initiativtext in einem Spannungsverhältnis mit der Kunstfreiheit stehe. Die Künstler können, wie andere Bürger auch, nicht jede Idee umsetzen. Der Wirt des Grand Café wird in seiner Wirtschaftsfreiheit auch eingeschränkt, wenn seine Stühle nicht über die Abgrenzung hinausreichen dürfen. Die Verordnungen sind teilweise existenzbedrohend und nicht nachvollziehbar. Es ist nicht tragbar, dass wir überall ausser in der Kunst sparen und sämtliche Freiheiten ausser der künstlerischen Freiheit einschränken.

Kommissionsminderheit:

Andrea Leitner Verhoeven (AL): *Wir schliessen uns dem Stadtrat an und lehnen die Initiative ab. Sollte unser Antrag durchkommen, käme die Initiative vor das Volk. Wir besitzen die Rolle der Ernsthaften. Diese Geschichte besitzt Züge einer Posse. Die Initiative verlangt einen unnötigen Artikel in der BZO. Die heutige BZO verbietet bereits das dauerhafte Aufstellen von Schifffahrtsinfrastruktur, sofern diese nicht der Schifffahrt dient. Der Artikel ist unbrauchbar, wenn es um das Anliegen der Initianten geht, spezifisch maritime Kunst zu verhindern. Kunst darf weiterhin im öffentlichen Raum aufgestellt werden. Dieser Artikel würde auch nicht weitere kernzonenfremde Kunstaktionen verhindern. Das Zeigen weiterer Industriekunst würde nicht verhindert. Wir wissen alle, dass diese Initiative nichts bringen würde. In der Geschichte des Hafenkranes geht es auch um verletzten Stolz und Häme. Den Hafenkran gibt es nicht mehr. Dies forderte auch die Initiative. Die Initianten scheinen ihn noch immer zu sehen. Die Enthaltenden nehmen Rücksicht darauf und sind der Ansicht, dass dies niemandem schaden würde. Die Initianten hatten diverse Chancen, diese Initiative zurückzuziehen. Dies haben sie nicht getan. Nun können sie sich auch bei der Bevölkerung blamieren.*

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): *Meine Fixation kann in diversen Audioprotokollen angehört werden. Es geht nur noch um die Volksinitiative. Der Formalismus erstaunt mich. Es ist allen klar, dass eine Abstimmung eine symbolische Bedeutung gehabt hätte, die für das konkrete Projekt relevant gewesen wäre. Diese Symbolik ist nur noch retrospektiv. Die Frage, ob dies in die BZO geschrieben werden sollte, stellt sich. Es ist allen klar, dass dies nicht in eine BZO gehört. Die Enthaltungen passen zum Geschäft. Auch der Stadtrat wandte verschiedene Tricks an. Der Gemeinderat hatte einmal eine Mehrheit für die Einstellung des Projekts. Mit diversen Tricks wurde es dennoch durchgeführt. Aus diesem Grund ist der FDP klar, dass wir diese Initiative nicht ablehnen können. Uns ist jedoch klar, dass die Wirkung der Initiative unerheblich ist. Wir werden uns als Fraktion enthalten.*

Patrick Hadi Huber (SP): Die SP wird sich enthalten. Der Hafenkran ist Geschichte. Die parlamentarische Aufarbeitung kommt heute zu einem Ende. Man kann vom Hafenkran halten, was man will. Für mich verschönerte er den Sommer 2014. Er schuf ein maritimes Flair in der Innenstadt. Der Hafenkran bewegte die Gemüter. Das Parlament wandte viel Zeit für und gegen das Projekt auf. Ich lehne mich nicht zu weit aus dem Fenster, wenn ich schätze, dass uns die stundenlangen Budgetdebatten rund um dieses Projekt beinahe einen zweiten Hafenkran hätten finanzieren können. Ich kann mich noch gut an meine erste Budgetdebatte zum Hafenkran erinnern. Es sprachen rund 40 Personen. Die Fraktion ist der Ansicht, dass genug über den Hafenkran gesprochen wurde. Die Initianten können die Vergangenheit nicht ruhen lassen. Diese Regelung wird niemals Anwendung finden, sie wird auch kein Bauprojekt gefährden. Es ist unklar, ob die Regelung auf ein Kunstprojekt angewandt werden könnte. Wir betonen, dass diese Regelung unnötig ist. Die Gelder, die für eine Volksabstimmung ausgegeben würden, würden einen weiteren Hafenkran finanzieren. Ich möchte auf die Kosten für eine unnötige Volksabstimmung zum Thema Kunstgeschmack verzichten. Es gibt im Kunst- und Kulturbereich wichtigere Themen. Dies haben wir mit der heutigen Debatte eindrücklich bewiesen. Darum soll es in künftigen Diskussionen gehen.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Wir haben es mit der Vergangenheitsbewältigung eines umstrittenen Projektes zu tun. Die GLP gehörte nicht zu den Gegnern des Hafenkranes. Für uns stellt sich die Frage, wie wir mit dem Bedürfnis nach Vergangenheitsbewältigung umgehen sollen. Wir können diesen Artikel in die Bau- und Zonenordnung aufnehmen oder Geld für eine Volksabstimmung abgeben. Diese Abstimmung wird ein Empörungsventil gegen Hafenkraner und unliebsame Kunstaktionen darstellen. Es stehen nicht Baufragen im Zentrum, sondern die Frage danach, welche Kunst erwünscht ist. Wir möchten weder den einen, noch den anderen Weg einschlagen. Wir möchten die Ausgaben für eine absurde Volksabstimmung sparen. Es geht um den Umgang mit öffentlichen Geldern. Abstimmungen sollen sich um den Abstimmungsinhalt drehen und nicht darum, seiner Empörung Ausdruck zu verleihen. Vielleicht inspiriert dieser Artikel einmal zu einer Totalrevision der BZO.

Marco Denoth (SP): Es geht uns darum, eine kostenintensive Abstimmung zu verhindern. Wir sparen der Stadt und den Parteien Kosten. Letztes Jahr wollte ich noch mehr Kosten einsparen, aber die Fraktion wollte die Rückbaukosten für den Hafenkran nicht aus dem Budget streichen. Mit diesem Eintrag in der BZO schaffen wir den Initianten ein Denkmal. Dies schafft Nostalgie und einen Abschluss für die Debatten hier im Rat. Bei einer Totalrevision der BZO können wir den Diskurs wieder aufnehmen. Trotz dieses Artikels könnten wir weiterhin Hafenkraner bauen. Dies ist ein guter Beitrag an das Dada-Jahr.

Reto Vogelbacher (CVP): Der Hafenkran wurde aufgebaut, kontrovers diskutiert. Es gab Gartenrestaurants bei ihm, er wurde bestaunt, abgebaut und eingeschmolzen. Es bleiben die Erinnerungen daran. Ebenfalls bleibt diese Volksinitiative. Stimmen wir diesem Änderungsantrag zu, gibt es in der BZO einen unnötigen Artikel. Dennoch kann jegliche andere Art von Kunst aufgestellt werden. Lehnen wir diese Volksinitiative ab, kommt es zu einer teuren Volksabstimmung. Die Enthaltung ist die beste Lösung, ande-

rerseits muss man sagen, dass die Zustimmung zum Änderungsantrag das kleinere Übel ist.

Markus Knauss (Grüne): Ich fand den Hafenkran eine witzige Idee. Ich verstand es als gesellschaftliche Debatte. In letzter Zeit passierten drei Dinge, die mich zu diesem Votum nötigen. Im Sommer 2014, als ich aus einer Seitengasse kam, stand der Hafenkran einfach da. Es kam zu einem magischen Moment, den ich zuletzt erlebte, als das Limmatquai für den motorisierten Individualverkehr gesperrt wurde. Es gab ein Spannungsverhältnis zwischen der sauberen Innenstadt und dem Industriedenkmal. Viele Leute gingen deswegen in die Innenstadt und fanden die Idee vielleicht irrsinnig und nutzlos, aber alle sprachen darüber. Ich war stolz auf die Stadt, dass dieses Kunstprojekt in der Stadt umgesetzt werden konnte. Wenn gesagt wird, dass man sich am Geld gestört habe, hätte man auf die endlosen Budgetdebatten verzichten können. Es wurde stattdessen eine Initiative angehängt, die sich auf eine Kernzone bezieht. Dies bedeutet, dass ein Hafenkran bei der Riviera am Bürkliplatz weiterhin möglich wäre. Die Initiative sollte das ausdrücken, was die Initianten zum Ausdruck bringen wollen. Der letzte Grund ist der tatsächliche Grund, weshalb ich diese Debatte wichtig finde. Es wurde gesagt, dass alle Freiheiten ausser diejenigen im Bereich der Kunst eingeschränkt werden. Dies bedeutet umgekehrt, dass bei der Einschränkung aller Freiheiten auch die Kunst eingeschränkt werden solle. Dies ist eine Grundhaltung, die ich grundsätzlich nicht teile. Dafür lohnt sich eine Abstimmung. Demokratie darf auch etwas kosten.

Markus Hungerbühler (CVP): Ein Teil der CVP-Fraktion ist der Ansicht, dass man der Mehrheit folgen solle. Ich erlebte beim Anblick des Hafenkranes alles andere als magische Momente. Wir sind klar der Meinung, dass die Aufnahme in die BZO eine elegante Lösung darstellt. Man könnte auch eine Volksabstimmung durchführen. Ein Teil der Fraktion glaubt, dass es besser ist, dies in die BZO aufzunehmen. Rügen muss man an dieser Stelle das Vorgehen des Stadtrats. Diese absichtliche Verzögerung ist aus demokratiepolitischer Sicht fragwürdig. Es wurde absichtlich dafür gesorgt, dass diese Diskussion erst geführt wird, nachdem der Hafenkran bereits abgebaut war. Man sollte entsprechend handeln. Wir wünschen uns künftig eine bessere Handhabung.

Dr. Mario Babini (parteilos): Bei dieser Vorlage fühlte ich mich an die Reise von Odysseus erinnert. Wir müssen uns zwischen zwei unsinnigen Vorlagen entscheiden. Entweder führen wir eine unsinnige Volksabstimmung durch oder nehmen die Verordnung in die BZO auf. Ich bin für eine Verhinderung der Volksabstimmung. Odysseus konnte sich auch nicht enthalten. Ich stimme für diese Vorlage, damit es zu keiner Zufallsmehrheit kommt.

Markus Kunz (Grüne): Ich bin über die vorgebrachten Argumente schockiert. Dies betrifft sowohl die Initianten, als auch die Mehrheit, die dafür sorgt, dass dieser Artikel in die BZO gelangt. Ich nehme die Aussagen der Initianten ernst. 6000 Leute haben diese Initiative unterschrieben. Dadurch besteht ein Recht auf die Volksabstimmung. Ich nehme auch die BZO ernst. Ich will diesen Artikel nicht in der BZO haben. Es ist untragbar, einfach zu sagen, der Artikel würde bei der nächsten Revision wieder entfernt. Ich bin auf den Geschmack gekommen und ich will tatsächlich nicht, dass solche Projekte

durch die BZO verunmöglicht würden. Es ist untragbar, dass die Mehrheit dies einfach durchwinkt. Wir sollten dem Volk die Chance geben, seine Meinung kundzutun.

Niklaus Scherr (AL): Ich stamme aus einer Hafenstadt. Ich habe meine Jugend mit Hafenkranen verbracht. Ich möchte etwas zum marxistisch-leninistischen Künstler sagen und meine Enttäuschung äussern. Im Marxismus besteht das Gesetz der Dialektik. Die SVP hat den dialektischen Aspekt dieser dialektischen Debatte nicht verstanden. Man könnte sagen, dass der Hafenkran durch seinen Abbau verschwunden war. Dank der dialektischen Genialität seines Erfinders erstand er wieder auf. Nun soll er als rostiger Paragraph weiterleben. Es handelt sich um die grösste Leistung dieser Aktion. Die SVP wird zum unwissenden Erfüllungsgehilfen eines deklarierten Kommunisten. Dies finde ich wunderschön. Nun komme ich zu den Ratsmitgliedern auf meiner Seite. Diese sind ebenfalls eine Enttäuschung. Der Hafenkran trug einen Hauch von Subversion in den Finanzplatz Zürich. Die Antwort der Mehrheit bezieht sich nur auf die Finanzen. Dies ist ein kulturelles Armutszeugnis der Debatte. Der Hafenkran bekommt seinen Paragraphen, weil die Stadt kein Geld für eine Volksabstimmung hat. Ich hatte gehofft, der subversive Geist des Marxisten hätte die Stadt durchweht. Aber jetzt weht wieder der Zürcher Geist und es geht um die Finanzen. In der Stadt gab es bereits zahlreiche sinnlose Abstimmungen. Wir haben in der Stadt viele schöne Plätze. Würde ich jetzt eine Initiative ergreifen, dann würde sich diese auf eine chaletfreie Zone in Zürich vor Weihnachten beziehen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Wir befinden uns mitten in der Debatte zur Initiative zum Hafenkran. Diese Kulturdebatte passt sehr gut in die Weihnachtszeit. Wir könnten genauso gut über Sinn und Zweck des Weihnachtsmannes diskutieren. Wir werden alle gemeinsam Teil dieses Kunstprojekts. Dies bezieht sich nicht nur auf den Artikel, sondern auch auf das Audioprotokoll. Es geht um Symbolik und Protest sowie um einen Sachverhalt, der vielleicht nur in unserer Vorstellungskraft existiert. Benötigt es den Nikolaus, um Kinder zu erziehen? Benötigt es diesen Artikel in der BZO? Der Stadtrat äusserte klar, dass die Regelung unnötig ist. Der Stadtrat war erstaunt, als der Regierungsrat äusserte, die Initiative sei genehmigungsfähig. Der Stadtrat verzichtete auf einen Gegenvorschlag. Die Adventsfiguren bereichern unseren Festtagskalender und die Kinderfantasie. Sie geben Ausblick auf einen Hafenkranparagraphen. Die bestehenden Regelungen zur Kernzone sind ausreichend für ihren Schutz. Unnötig ist der Artikel, weil er sein Ziel verfehlt. Er tastet die Freiheit der Künste an. Zu dieser Einschätzung kam der Kanton. Trotz dieses Verbots wäre ein weiterer Hafenkran in Kernzonen platzierbar. Wir könnten darüber debattieren, den Weihnachtsmann zu verbieten. Wir könnten Männern jedoch nicht verbieten, sich lange, weisse Bärte wachsen zu lassen und sich rotweisse Kleidung anzuziehen. Dadurch werden sie zu Kunstfiguren.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

6 / 8

Die Volksinitiative «Hafenkräne-Nein» wird abgelehnt. Der Volksinitiative «Hafenkräne-Nein» wird zugestimmt. Die Bau- und Zonenordnung der Stadt Zürich wird wie folgt geändert:

«Art. 43b Hafeninfrastuktur (neu)

In den Kernzonen darf mit Ausnahme der für die Zürichsee- und Limmatschiffahrt und die professionelle und private Binnenschiffahrt notwendigen Infrastrukturen keine weitere Hafeninfrastuktur (insbesondere Hafenkräne, Hafepoller und Schiffshörner) aufgestellt werden.»

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Stephan Iten (SVP)
Minderheit: Andrea Leitner Verhoeven (AL), Referentin; Markus Knauss (Grüne) i. V. von Gabriele Kisker (Grüne)
Enthaltung: Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Heinz F. Steger (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Reto Vogelbacher (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 29 gegen 23 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des bereinigten Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Stephan Iten (SVP)
Minderheit: Andrea Leitner Verhoeven (AL), Referentin; Markus Knauss (Grüne) i. V. von Gabriele Kisker (Grüne)
Enthaltung: Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Heinz F. Steger (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Reto Vogelbacher (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 29 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Der Volksinitiative «Hafenkräne-Nein» wird zugestimmt. Die Bau- und Zonenordnung der Stadt Zürich wird wie folgt geändert:

7 / 8

«Art. 43b Hafeninfrastuktur (neu)

In den Kernzonen darf mit Ausnahme der für die Zürichsee- und Limmatschiffahrt und die professionelle und private Binnenschiffahrt notwendigen Infrastrukturen keine weitere Hafeninfrastuktur (insbesondere Hafenkräne, Hafenspinner und Schiffshörner) aufgestellt werden.»

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 9. Dezember 2015 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. Januar 2016)

1477. 2015/279

Weisung vom 26.08.2015:

«Hafenkräne-Nein», Volksinitiative der Jungfreisinnigen Stadt Zürich, der Jungen SVP Stadt Zürich und der SVP Stadt Zürich Ergebnis der Mitwirkung nach § 7 PBG und Vorprüfung

Antrag des Stadtrats (in Ergänzung zur Weisung des Stadtrats an den Gemeinderat vom 19. März 2014 (GR Nr. 2014/79))

1. Es wird festgestellt, dass anlässlich der öffentlichen Mitwirkung nach § 7 des Planungs- und Baugesetzes (datiert vom 24. September bis und mit 25. November 2014) zur Volksinitiative «Hafenkräne-Nein» keine Einwendungen eingegangen sind.
2. Von der Stellungnahme des Amtes für Raumentwicklung vom 16. Februar 2015 wird Kenntnis genommen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2014/79, Beschluss-Nr. 1476/2015.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Stefan Urech (SVP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Stefan Urech (SVP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Stephan Iten (SVP), Markus Knauss (Grüne) i. V. von Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Heinz F. Steger (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Reto Vogelbacher (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 119 gegen 0 Stimmen zu.

8 / 8

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Stefan Urech (SVP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Stephan Iten (SVP), Markus Knauss (Grüne) i. V. von Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Heinz F. Steger (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Reto Vogelbacher (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 110 gegen 5 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Es wird festgestellt, dass anlässlich der öffentlichen Mitwirkung nach § 7 des Planungs- und Baugesetzes (datiert vom 24. September bis und mit 25. November 2014) zur Volksinitiative «Hafenkräne-Nein» keine Einwendungen eingegangen sind.
2. Von der Stellungnahme des Amtes für Raumentwicklung vom 16. Februar 2015 wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 9. Dezember 2015

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat